

Fakten- Vision- Zukunft. Lübecks Zukunft ist lila!

1. Klima	1
1.1. Politik	1
1.1.1. CO2-Budget	2
1.1.2. CO2-Haushalt	2
1.1.3. Klimaveto	2
1.1.4. Senator*in für Klimaschutz	3
1.2. Mobilität	3
1.2.1. Fahrrad	3
1.2.1.1. Mehr Fahrradwege und Fahrradstraßen	3
1.2.1.2. Mehr Fahrradstellflächen	4
1.2.1.3. Mehr Unterstützung von Fahrrädern	4
1.2.1.4. Leihfahrräder	4
1.2.1.5. Unterstützung von E-Bikes	5
1.2.2. Fußgänger*innen	5
1.2.3. Nahverkehr	5
1.2.3.1. Bus	5
1.2.3.2. Bahn	6
1.2.4. Auto	7
1.2.4.1. Carsharing	7
1.2.4.2. Tempo 30 in der Stadt	7
1.2.4.3. Ende des Verbrennungsmotors	7
1.2.4.4. Stellplätze	7
1.3. Bau	8
1.3.1. Alternatives Material	8
1.3.2. Sanierung	8
1.3.3. Verdichtung statt Versiegelung	9
1.3.4. Grüne Fassaden	9
1.4. Energie	9
1.4.1. Solardachpflicht/Solarförderungen	10
1.4.2. Wärmewende	10
1.4.3. Investition und Subvention	10

1.5. Wirtschaft	10
1.5.1. Kreislaufökonomie	11
1.5.1.1. Lebensmittelverschwendung	11
1.5.1.2. Reparaturförderung	11
1.5.2. Förderprogramm für Klimatransformation	11
1.5.3. Stoppen falscher Subventionen	11
2. Digitales	11
2.1. Verwaltung	12
2.2. Bildung	12
2.2.1. Schulen	12
2.2.1.2. Material	14
2.2.1.3. Personal	14
2.2.2. Lebenslanges Lernen	14
2.2.2.1. Digitale Nachholangebote	14
2.2.2.2. Umschulungsangebote	14
2.3. Infrastruktur	14
3. Soziales	15
3.1. Bildung	15
3.2. Wohnen	17
3.2.1. Sozialer Wohnungsbau	17
3.2.2. Bessere finanzielle Unterstützung	17
3.2.3. Aufklärung beim Wohngeld	17
3.2.4. Student*innenwohnheime	18
3.2.5. Housing first Prinzip	18
3.2.6. Soziale Durchmischung	18
3.2.7. Erhöhung der Stadtanteile	18
3.3. Integration	18
3.3.1. Integrationsstellen	18
3.3.1.1. Dolmetscher*innen	18
3.3.1.2. Psycholog*innen	19
3.3.1.3. Sozialarbeiter*innen	19
3.4. Gleichberechtigung	19
3.4.1. Jüdisches Leben	19
3.4.2. Stellen stärken	21
3.4.3. Frauen in die Politik	21
3.4.3.1. Kinderbetreuung in der Politik	21

3.4.3.2. Trainee-Programme	21
3.4.3.3. Sexismus	21
3.4.4. POC's in die Politik	22
3.4.4.1. Trainee-Programme	22
3.4.4.2. Rassismusbekämpfung und Aufklärung in der Kommunalpolitik	22
3.5. Bürger*innen beteiligung	22
3.5.1. Bürgerbudget	22
3.5.2. Live Übertragung und Aufzeichnung von Sitzungen	23
3.5.3. Direkte Demokratie	23
3.5.4. Demokratietarbeit	23
3.6. Jugend	23
3.6.1. Jugendkulturzentren	23
3.6.2. Jugendbeteiligung	24
3.6.3. Demokratieförderung	24

1. Klima

Für Volt ist klar: Lübeck wird mit uns bis 2030 klimaneutral sein.

Hierfür müssen wir als Stadt alle Bereiche des Lebens massiv umgestalten und weiterentwickeln. Besonders wichtig sind hier Mobilität, Bau und Energie. Das Gute daran: Nahezu alle diese Bereiche können zur nachhaltigen Verbesserung der Gesamtsituation beitragen und sind damit allgemein und nicht nur aus der Klimaperspektive wünschenswert.

Um die Lübeck-Wende aktiv zu gestalten, brauchen wir klare Kennzahlen, Entwicklungspfade und Etappenziele und eine neue Art der Politik, da wir in vielen Bereichen umdenken müssen.

1.1. Politik

Für effektive Klimapolitik müssen wir auch strukturell einiges in der Kommunalpolitik und ihren Arbeitsweisen ändern. Klimaneutral 2030 bedeutet jetzt, alle Weichen fundamental auf Klimaschutz umzustellen und jede Entscheidung vor dem Hintergrund dieser

Frage zu fällen. Genau das wollen wir auch strukturell in der Politik verankern.

1.1.1. CO2 Budget

Ein erster und wichtiger Schritt ist hier das CO2-Budget, das auch von Fridays for Future (FFF) Lübeck gefordert wird., Es macht ganz klar, wie viel CO2 noch bis 2035 ausgestoßen werden darf. Laut FFF sind das noch 8,05 Mt CO2. Diese müssen auf die Jahre aufgeteilt und sinnvoll eingesetzt werden. Daher fordert Volt die verpflichtende Einführung eines CO2-Budgets für Lübeck.

1.1.2. CO2-Haushalt

Hierfür fordern wir auch einen CO2-Haushalt. Dieser wird wie der Finanzhaushalt von der Bürger*innenschaft für jeweils ein Jahr beschlossen und regelt klar, wie viel CO2 in welchem Bereich und mit welcher Zielführung in diesem Jahr ausgestoßen werden darf.

1.1.3. Klimaveto

Neben dem CO2-Haushalt sollte auch ein Klimaveto in der Kommunalpolitik eingeführt werden, das Beschlüsse aufgrund ihrer Unverträglichkeit mit den 2019 selbst gesetzten Klimazielen blockieren kann. Diese kann durch den*die Senator*in ausgesprochen werden. Sollte ein Beschluss blockiert worden sein, kann ein Gutachten von unabhängiger Stelle angefordert werden, das die faktische Verträglichkeit überprüft.

1.1.4. Senator*in für Klimaschutz

Wir setzen uns für die Einsetzung eines*r Klimasektor*in ein. Diese*r soll die Lübeck-Wende von koordinieren, überwachen und vorantreiben. Diese*r kann auch das Klima Veto einreichen und soll alle anderen Fachbereiche beraten

1.2. Mobilität

In der Mobilitätswende muss uns ein Kunststück gelingen. Lübeck braucht Klimaneutralität - und das ganz sozial gerecht und barrierefrei. Um das zu erreichen, muss sich der Fokus vom

motorisierten Individualverkehr (MIV) auf ÖPNV, Rad- und Fußverkehr richten.

Volt sieht dafür eine Aufteilung von 80% ÖPNV, Rad, Fuß und 20% MIV vor. Pro-Kopf-Investitionen, Flächen und Kostenmodelle müssen konsequent danach ausgerichtet werden.

1.2.1. Fahrrad

Die Zukunft auf zwei Rädern! Das Fahrrad muss eines der Hauptverkehrsmittel der Zukunft sein und sollte in der Stadtplanung höchste Priorität genießen.

1.2.1.1. Mehr Fahrradwege und Fahrradstraßen

Das Fahrrad soll zur neuen Nummer 1 Priorität in der Verkehrsplanung gemacht werden und ein dieser Priorisierung entsprechendes Verkehrsnetz geplant und gebaut werden.

Alle wesentlichen Routen sind mit baulich getrennten Radwegen zu ergänzen. Im Zweifel muss hierfür auf Autospuren verzichtet werden.

Alle Kreuzungen sind so zu gestalten, dass sie Fahrradfahrer und Fußgänger klar bevorzugen und priorisieren, sodass ein flüssiger Fuss- und Radverkehr weitestgehend gewährleistet werden kann.

1.2.1.2. Mehr Fahrradstellflächen

An allen wichtigen Orten in der Stadt sollen überdachte Stellflächen entstehen.

In der Stadtinfrastruktur sowie an allen Umstiegs- und Zustiegsmöglichkeiten sollten vielseitige überdachte Fahrradstellflächen geschaffen werden. Bis 2030 sollen 50% aller Auto Parkplätze im Innenstadtbereich Fahrradabstellflächen weichen. Die Überdachungen sollen vermehrt begrünt oder für PV-Anlagen genutzt werden. Das Angebot von offenen Abstellanlagen wird

mit sicheren Fahrradabstellboxen an Bahnhöfen ergänzt.

1.2.1.3. Unterstützung von Fahrrädern

Mehr Reparaturstationen, um allen Lübecker*innen gewährleisten zu können, dass sie ihr Fahrrad schnell und einfach überall in Lübeck selbst reparieren können.

Wir brauchen mehr Fahrradwerkstätten, damit auch größere Schäden an Fahrrädern schnell und einfach ortsnah behoben werden können und so unnötige Neukäufe verhindert werden.

1.2.1.4. Leihfahrräder

Wir brauchen mehr Leihfahrräder, die ähnlich wie die E- Scooter schnell und einfach direkt vor Ort gebucht werden können. Wir setzen auf free floating Bikeshaaring in der Innenstadt. Fahrradleihstationen an Haltestellen und im Umland verbinden das System mit dem Verkehrsnetz.

Best Practice - VRNnextbike in Heidelberg: Die Nahverkehrsbetriebe in Heidelberg bieten im gesamten Stadtgebiet Fahrräder an. Räder in der Nähe werden über eine App gefunden, die auch zum Freischalten eines Rades genutzt wird. Kurze Fahrten sind für Student*innen kostenlos.

Es soll für alle städtischen Beamten möglich sein, auf Dienstfahrräder oder E-Bikes umzusteigen. Wo es sinnvoll ist, sollen Firmenfahrräder statt Firmenautos genutzt werden. Hierfür braucht es Anreize, damit Unternehmen das auch umsetzen.

1.2.1.5. Unterstützung von E-Bikes

Um auch älteren und körperlich beeinträchtigten Menschen die Fahrradnutzung zu erleichtern, **setzen wir uns für einen Ausbau der E-Mobilität beim Fahrrad**

ein. Hierbei gilt, dass dies mit Reparatur- und Ladeinfrastruktur gestützt werden soll.

1.2.2. Fußgänger*innen

- 1.2.2.1. Sicher
(Fahrrad darf nicht als Konkurrenz zum Zu-Fußverkehr gesehen werden)
- 1.2.2.2. Barrierefrei
- 1.2.2.3. Schnell
- 1.2.2.4. Schön

1.2.3. Nahverkehr

Der öffentliche Nahverkehr ist effizienter, klimafreundlicher und (richtig gemacht) auch inklusiver als MIV und sollte diesem deswegen vorgezogen werden. Volt setzt sich auf lange Sicht für einen kostenlosen öffentlich finanzierten Nahverkehr ein.

Für Personen unter 18 Jahren, alle Schüler*innen, Student*innen, FSJler*innen oder Empfänger*innen von Sozialleistungen sollte die kostenlose Nutzung des ÖPNV auch sofort einfach und unkompliziert durch das Lübeck Wende-Ticket ermöglicht werden.

Für alle anderen sollte übergangsweise mit einem 15 Euro kommunalen Monatsticket geholfen werden. Neben dem Preis müssen aber viele Infrastrukturfragen geklärt und verbessert werden:

1.2.3.1. Bus

Wir brauchen mehr Busse. Neu angeschaffte Fahrzeuge dürfen dabei keinen fossilen Antrieb haben. Der Bestand muss schrittweise umgerüstet werden.

Wir brauchen mehr Haltestellen, um näher an die Menschen heran zu kommen und gerade körperlich Beeinträchtigte die städtische Struktur zu erschließen. Dabei sollte auch das Prinzip der On demand Haltestellen eingeführt/ausgebaut werden.

Wir brauchen eine dichtere Taktung, damit von allen Stadtteilen und Busstationen mehr Personen zu verschiedenen Zeiten auf den ÖPNV setzen. Wir fordern den Lübeck-Takt.

1.2.3.2. Schiene

Schiene ist Zukunft. Nach diesem Motto wollen wir sowohl den Regionalverkehr als auch den Stadtverkehr auf der Schiene stark ausbauen, die Investitionen in diesem Bereich erhöhen und ein flächendeckendes Schienennetz in der Stadt und im Umland schaffen.

Wir brauchen eine Tram für Lübeck

Wir schließen uns der Forderung nach einer Straßenbahn für Lübeck an, die vor allem allen sozial schwächeren Gebieten einen schnellen und vereinfachten Zugang zur Innenstadt ermöglichen soll. Ihr Zweck ist außerdem die Verbindung aller wichtigen Knotenpunkte der Stadt.

Sie übernimmt damit langfristig die wesentliche Funktion der jetzigen Busse.

Wir brauchen eine S-Bahn für Lübeck

Volt ist klar für das S-Bahn-Konzept und würde diese gerne mit den Plänen für die Straßenbahn in Lübeck verbinden. Dadurch soll ein lückenloses Verkehrsnetz entstehen, das alle Teile der Stadt mit Schienen verbindet und auch dem Umland umfassende Möglichkeiten und Anschlüsse an Lübeck bietet. Eine S-Bahn bietet auch Pendler*innen und Tagestourist*innen aus dem Umland eine Alternative zum Auto.

1.2.4. Auto

Volt setzt sich für eine **drastische Reduktion des Autoverkehrs**, des Autobesitzes und der Autopräsenz in Lübeck ein, indem es die Alternativen günstiger, praktischer und schneller macht. Sollte dennoch ein eigenes Auto genutzt

werden, sollte dies unter den tatsächlichen Kosten für die Gesellschaft geschehen..

1.2.4.1. Mehr Carsharing

Um den Besitz eines Autos und die damit benötigten Dauerstellplätze in Stadtgebieten weniger notwendig zu machen, muss das **Carsharing Angebot massiv ausgebaut werden.**

1.2.4.2. Tempo 30 in der Stadt

Volt setzt sich für die Senkung des Tempolimits innerhalb Lübecks auf 30 km/h ein . Auch Lübeck muss hier den Druck auf das Verkehrsministerium erhöhen und überall, wo es bereits möglich ist, Tempo 30 in Lübeck anordnen.

1.2.4.3. Abschaffung des Verbrennungsmotors

Bis 2030 soll der gesamte Lübecker Verkehr verbrennerfrei sein.

1.2.4.4. Parkplätze

Kein parkendes Auto auf der Altstadtinsel ab 2030. Im restlichen Stadtgebiet sind Parkflächen nur dann gestattet, wenn sie innerhalb eines mehrstöckigen Gebäudes eingebunden sind, das auch Platz für anderweitige Nutzung auf den anderen Etagen lässt.

Wir wollen 50% aller jetzigen Stellflächen umbauen. Dies soll zugunsten von Grünanlagen oder der Fahrradinfrastruktur geschehen.

Die Kosten für PKW-Parkplätze müssen massiv erhöht werden. Die Einnahmen hieraus finanzieren den ÖPNV mit.

Parkhausdächer müssen als grüne Begegnungsfläche hergerichtet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Bei kommunaler Anschaffung für den städtischen Fuhrpark müssen diese Anschaffungen elektrisch sein.

1.3. Bau

1.3.1. Alternatives Material

Die herkömmlichen Baumaterialien, insbesondere Zement, haben aufgrund ihrer energie- und CO₂-aufwendigen Produktion wenig Zukunftsfähigkeit. Daher müssen wir uns neuen Materialien (z.B. Holz, Pilze, Haferbetong) zuwenden, diese fördern und ausbauen.

Wir brauchen mehr Mut zu alternativen Baumaterialien.

Um die Akzeptanz und die Nutzung von alternativen Materialien zu erhöhen, muss diese Stadt mit Informationskampagnen und struktureller Aufklärung nachhelfen und auch bei eigenen Bauprojekten mit positivem Beispiel vorangehen.

Wir brauchen mehr Förderung von alternativen Baumaterialien. Um den Bau mit klimafreundlichen Materialien wirklich in die Realität umzusetzen, muss hier um eine starke Förderung der neuen Materialien und eine stärkere Besteuerung der alten Materialien nachgedacht werden.

1.3.2. Sanierung

Häuser zu sanieren hilft dem Klima und senkt die eigenen Energiekosten. Lübeck muss daher bei öffentlichen und privaten Gebäuden für eine Sanierungsoffensive sorgen, die alle Häuser innerhalb Lübecks auf den neuesten Sanierungsstand setzt, um zu maximaler Energieeffizienz zu kommen.

1.3.3. Verdichtung statt Versiegelung

Volt sieht wie FFF Lübeck den klaren Bedarf hin zu platzsparendem Wohnen, mehr Verdichtung und weniger Neubau, vor allem weniger Flächenversiegelung.

Wir brauchen weniger Leerstand. Leerstand muss entweder von der Stadt gekauft und umgebaut oder mit einer Abgabe versehen werden, um wirtschaftliche Anreize zu setzen.

Wir brauchen mehr alternativen Bau. Um beim Bau auf die Verdichtung zu setzen, müssen wir auch alternative Konzepte wie tiny Houses mehr fördern und z.B. auf Parkplätzen zulassen.

1.3.4. Grüne Fassaden

Volt fordert, alle Fassaden ohne bedeutenden kulturellen oder architektonischen Wert zu begrünen. Dies schließt die Häuser aus der Altstadt Insel (sofern Altbau) aus, bezieht sich aber vor allem auf glatte Betonfassaden.

Städtische Gebäude müssen hier zuerst von der Stadt selbst begrünt werden, um ein positives Beispiel zu bieten. Die Begrünung von privaten Gebäuden muss durch Gespräche, Förderprogramme und Anreize vorangetrieben werden.

1.4. Energie

Die Erzeugung von Energie ist verantwortlich für etwa ein Drittel der Treibhausgasemissionen in Lübeck. Wir müssen hier sowohl im Primärenergiebereich als auch im Strommix mit aller Kraft auf erneuerbare Energien umsteigen,, um diesen Bereich effizient und effektiv zu dekarbonisiert.

1.4.1. Solardachpflicht/Solarförderungen

1.4.1.1. Wir setzen uns für **Solardachpflicht in allen städtischen Gebäuden ein.**

Alle Gebäude im städtischen Besitz, egal ob Altbestand oder Neubau, sollen mit Solardächern ausgerüstet werden müssen.

Wir brauchen mehr kleine Solaranlagen.

Das im Januar 2023 angelaufene Förderprogramm für kleine Solaranlagen war ein guter erster Schritt. Dass es aber innerhalb eines Monats aufgebraucht war, zeigt , dass noch zu wenig Mittel in den Klimaschutz und den Aufbau von erneuerbarer Energie fließen. Das Programm soll wieder aufgenommen werden - diesmal für 10.000 Anlagen.

1.4.2. Wärmewende

Die Stadt muss die Ersatz von Gas- und Ölheizungen im gesamten Stadtgebiet fördern und den Anteil von fossilen Heizsystemen bis 2030 um 50% reduzieren.

Wir brauchen mehr Fernwärme.

Das Fernwärmenetz in Lübeck muss stark ausgebaut und klimaneutral umgebaut werden.

Wir brauchen mehr Wärmepumpen.

Die Stadt sollte sich für eine starke Förderung von Wärmepumpen einsetzen und auch eigene Förderprogramme erwägen, gerade da, wo ein Fernwärmeanschluss nicht möglich ist.

Wir brauchen ein Wärmekataster.

macht sich Volt die Forderung von FFF Lübeck nach einem Wärmekataster (Verzeichnis der zur Verfügung stehenden Wärmequellen) zueigen, um die Möglichkeiten für ein evidenzbasiertes Monitoring seitens der Stadt zu verbessern.

1.4.3. Investition und Subvention

Alle klimaschädlichen Subventionen der Stadt Lübeck oder ihrer Stadtwerke müssen sofort beendet und durch zukunftsgerichtete Alternativen ersetzt werden. Die Stadtwerke müssen bis 2030 die Möglichkeiten für 100% CO-freie Produktion schaffen und darauf umstellen.

1.5. Wirtschaft

Unsere Art zu wirtschaften der letzten Jahrzehnte hat uns in die aktuelle Situation gebracht – mit eKlimakatastrophe, grassierende soziale Ungleichheit und gescheiterte Integration. Sie muss infolgedessen überdacht werden. Innerhalb Lübecks muss sich die Politik für eine Wirtschaftswende hin zu einer sozialen und ökologischen Kreislaufwirtschaft einsetzen.

1.5.1. Kreislaufökonomie

Lübeck soll zu einer Modell- und Vorbildstadt im Bereich Kreislaufwirtschaft werden. Als Mottohierfür soll "Reparieren

statt wegwerfen, langlebig statt billig, Qualität statt Quantität“ gelten.

- 1.5.1.1. 1.5.1.2 Eine nachhaltiger Lebensmittelkreislauf
Eine große Herausforderung für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft ist die immer stärker verbreitete **Lebensmittelverschwendung** und die damit verbundene Wegwerfmentalität. Volt sieht in **Foodsharingkonzepten, Lebensmittelspenden** und der Einrichtung von **Tauschbörsen** gute Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken. Hier ist auch das Tolerieren des sogenannten Containers inbegriffen. Gleichzeitig soll in Schulen und Volkshochschulen hierzu eine verstärkte **Aufklärungsarbeit** zum Thema “Nachhaltige Ernährung” stattfinden und von der Kommunalpolitik gefördert werden.

- 1.5.1.3 Förderung einer nachhaltigen Konsumwirtschaft
Die nachhaltige Nutzung von Konsumgütern ist ebenso wesentlich bei der Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft. Auch hier muss einer Wegwerfmentalität entgegengewirkt werden, bei der es besser erscheint, immer wieder Neues zu kaufen als Altes zu reparieren. Hier setzen wir uns für die Förderung sogenannter Repair Cafes und ähnlicher Projekte ein, bei denen die Fähigkeiten verschiedener Personen zum Zwecke nachhaltigen Wirtschaftens zusammengeführt werden können. Gleichzeitig wollen wir eine Reparaturprämie einrichten. Auch hier muss schon im frühen Bildungsbereich ein Sensibilisierungsprozess einsetzen, durch den schon in Kindheit und Jugend schon ein nachhaltiges Konsumverhalten gefördert werden kann.

- 1.5.2. **Förderprogramm für Klimatransformation**
Die Stadt muss stetig weiter nach neuen Wegen suchen, neue innovative klimaneutrale und nachhaltige Wirtschaftsförderung betreiben, um auch in der Zukunft als Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben und eine Schmiede für klimaneutrale Wirtschaftsunternehmen zu werden.

1.5.3. Stoppen klimaschädlicher Subventionen

Alle Subventionen und Ausgaben der Stadt müssen sich an ihrer Effizienz und an ihrer Verträglichkeit mit unseren Klimazielen messen lassen. Wird bei der Überprüfung festgestellt, dass eine Subvention nicht mit den eigenen Klimazielen vereinbar ist, muss sie sofort beendet werden.

2. Digitales

Die Digitalisierung ist längst Teil aller Lebensbereiche, spätestens in der Corona-Pandemie ist ihre Bedeutung deutlich geworden. Die Stadt und alle von Ihnen kontrollierten Bereiche müssen das anerkennen und sich daher zukunftsorientiert aufstellen.

2.1. Verwaltung

Alle Dienste der Verwaltung sollten so schnell wie möglich, spätestens bis Ende der Legislaturperiode, vollständig digitalisiert und größtmöglich automatisiert sein. Das bedeutet, jeder Amtsgang muss vollständig digital und remote abwickelbar sein. Die Bearbeitung sollte AI gestützt sein und mit Blick auf Schnelligkeit und Effizienz so weit automatisiert werden, dass im Idealfall keine menschliche Stelle mehr notwendig ist.

2.2. Bildung

2.2.1. Schulen

An Schulen werden zukünftige Generationen ausgebildet. Dass diese Generationen bereits digital unterwegs sind, ist unumstritten. Schulen müssen sich dieser Realität stellen und statt der Frage "Wie viel Digitalisierung ist gut?" die Frage "Wie geht man mit ihr um?" beantworten.

2.2.1.1. Den Schulalltag digital vereinfachen

Durch die Corona-Pandemie ist es noch einmal deutlicher geworden, wie wichtig eine digitale Struktur insbesondere an den Schulen ist. Wir unterstützen die Einrichtung einer Plattform für die Kommunikation zwischen städtischer Verwaltung, schulischer Verwaltung und dem Elternhaus der Schüler*innen. In einigen Schulen werden bereits Plattformen

(z.B. IServ) angeboten, doch sind diese an die jeweilige Schule gebunden und bieten unterschiedliche Inhalte an. Volt spricht sich für eine Zentrierung des Angebotes aus. Hierfür soll die Stadt Lübeck in Kooperation mit der Bezirksregierung, Schulverwaltung, Lehrerschaft, Schülerschaft und Elternschaft ein gemeinsames Konzept entwickeln.

Eine zentrale Plattform soll den Vorteil bieten, dass Eltern mit Kindern an unterschiedlichen Schulen nicht mehrere Accounts auf verschiedenen Webseiten benötigen, sondern mit einem Account alle schulischen Termine (Lehrer Sprechstage, Elternabende, unterschiedliche Brückentage) in einem Terminkalender einsehen können. Über die Plattform sollen u.a. E-Mails (z.B. Krankmeldungen oder direkte Informationen an Eltern) übermittelt werden können, Lehr- und Vertretungspläne einsehbar oder begleitendes Schulmaterial zugänglich sein. Diese Plattform bietet außerdem die Möglichkeit, Umfragen durchzuführen (Motto des Abiturs, Aktionen) und Meinungen zu bestimmten Projekten zu erfragen; sie kann auch für eine Lehrevaluation genutzt werden.

Volt unterstützt die Vereinfachung und pragmatische Digitalisierung des Schulalltages der Schüler*innen: Statt einer Vielzahl einzelner Karten wie Schülersausweis, Busausweis, Ausleihkarte für die Mediathek sowie zusätzlichen Essensmarken sollen diese Daten in einem "Schulpass" gespeichert und abrufbar sein. Bei Verlust dieser Karte ließe sich diese simpel und schnell online sperren und eine neue muss einfach und schnell erhältlich sein. Langfristiges Ziel soll die Vergabe eines Accounts mit Eintritt in die Grundschule sein, der bis zum Ende des Schulbesuchs an den*die Schüler*in gebunden bleibt. Eine Fortführung des Accounts während der Ausbildung oder des Studiums ist sehr gut vorstellbar. Dieser Account soll zukünftig alle schulinternen Daten enthalten: Termine, Stundenpläne, Zeugnisse, Urkunden, Notenübersichten sowie die Daten des Schulpasses. Hier kann Lübeck Vorreiter einer Entwicklung werden.

Der Datenschutz hat hierbei oberste Priorität. Das bedeutet, dass nur der*die Schüler*in die eigenen Daten komplett einsehen kann. Weitere Berechtigungen für die zuständigen Lehrer*innen werden gesondert einfach digital erteilt und entzogen.

2.2.1.2. Material

Alle weiterführenden Schulen in Lübeck müssen mit dem notwendigen Material ausgestattet werden, um ihren Unterricht vollständig papierlos und im Zweifelsfall auch Remote gestalten zu können. Hierbei müssen Brennpunktschulen in den Lübecker Randbezirken zuerst und am besten versorgt werden.

2.2.1.3. Personal

Schulen brauchen eine IT Abteilung, die Support, Instandhaltung und Administration der technischen Ausrüstung übernimmt. Die Stadt sollte als Ergänzung zu den Angeboten des Landes SH weitere Unterstützung in Form von IT-Personal etc. zur Verfügung stellen. Hierbei sind sogenannte "Brennpunktschulen" in den Lübecker Randbezirken zu bevorzugen.

2.2.2. Lebenslanges Lernen

Nicht nur die Jugend, auch ältere Menschen brauchen Unterweisung in der digitalen Welt. Wenn wir die Generation, die nicht in einer digitalen Welt aufgewachsen ist, nicht abhängen wollen, ist es wichtig ihnen die Möglichkeit zu geben, ebenfalls an der digitalen Welt teilzuhaben.

2.2.2.1. Digitale Nachholangebote

Initiativen, die Menschen digitale Geräte und Software erklären, müssen städtisch gefördert und ausgebaut werden.

2.2.2.2. Umschulungsangebote

Die Stadt muss sich dafür einsetzen, Menschen im arbeitsfähigen Alter für digitale Berufe umzuschulen. Durch

den digitalen Wandel z.B. in Behörden werden einige Berufe nicht mehr notwendig sein. Vor allem denjenigen, die hiervon betroffen sind, muss die Stadt **Fortbildungs- und Umschulungsangebote** machen. Diese möglichst für alle zugängliche Weiterbildungsmöglichkeit gilt es zu fördern und auszubauen. Nur so kann Digitalisierung zur **Chancengleichheit** beitragen.

2.2.3 Infrastruktur

Die Digitalisierung erfordert einen grundlegenden Ausbau der städtischen Infrastruktur bis hinein in die Randbezirke, um hier Chancengleichheit gewähren zu können. Dazu gehört eine **verlässliche Wlan-Anbindung** in allen Stadtgebieten, auf allen öffentlichen Plätzen und öffentlichen Verkehrsmitteln. Gleichzeitig setzen wir uns für die flächendeckende Ausrüstung aller Häuser mit **Glasfaserkabeln** ein.

2.2.3.

2.2.4. Coworking spaces , new work

2.2.5. MedienLabor

3. Soziales

Um den sozialen Frieden in Lübeck zu erhalten, brauchen wir gerechte Politik, die Chancen schafft und Menschen die Möglichkeit gibt, etwas aus sich und ihrem Leben zu machen. Diese Chancen sind allerdings heutzutage nicht gleich verteilt. Bildung ist oft eine Frage des elterlichen Einkommens, Wohnungsnot betrifft vor allem ärmere Menschen und in der Politik schaffen es Frauen oder Menschen mit Migrationshintergründen oft nicht, ernst genommen zu werden.

Wollen wir als Politik Chancen schaffen, heißt das, durchdachtere und gerechtere Sozialpolitik zu machen und strukturelle Benachteiligungen auszugleichen. All dies hat zum Ziel, dass Erfolg im Leben wieder für alle Menschen möglich ist.

3.1. Bildung

Einkommen und Vermögen der Eltern, die Herkunft, die Geschlechtsidentität, Sexualität und der Glauben der Kindersollen, soweit das kommunalpolitisch umsetzbar ist, keinen

Einfluss auf die Bildungschancen der Lübecker Kinder haben.

Bildung ist eine der wichtigsten Säulen für eine demokratische, gerechte und offene Gesellschaft. Unsere Vision ist es, ein chancengerechtes, inklusives und progressives Bildungssystem zu etablieren. Zur lokalen Verwirklichung dieser Vision soll sich die Stadt Lübeck aktiv auf kommunaler und auf Landesebene dafür einsetzen, dass Lübecker Schüler*innen beste Rahmenbedingungen antreffen (Ausstattung und Zustand der Gebäude, Ganztagsbetreuung mit Verpflegung, multiprofessionelle Teams an Schulen, Unterstützung außer- und innerschulischer kommunaler Projekte). Das Angebot an Gemeinschaftsschulen soll in Lübeck bedarfsgerecht ausgebaut werden, mit und ohne Angebot einer gymnasialen Oberstufe.

3.1.1. Volt fordert, dass Schulen in kommunaler Trägerschaft evaluieren, inwieweit ein nach hinten verlegter Schulstart auf nach 8:30 sinnvoll ist.

3.1.2. Gute Lernumgebungen - online und offline

Um dem Anspruch an eine innovative und demokratische Gesellschaft gerecht zu werden, müssen wir KiTas, Schulen und Hochschulen zeitgerecht und zukunftsorientiert gestalten.

Wir fordern für unsere Schulen und Kitas eine kostengünstige, regionale und saisonale Verpflegung. Langfristig ist es das Ziel an jeder Schule in kommunaler Trägerschaft jedem Kind eine warme kostenlose und vegane Mahlzeit am Tag anzubieten.

Außerdem müssen unsere Schulen und Kindertageseinrichtungen hierfür unbedingt den hygienischen Ansprüchen genügen. Dies schließt nicht nur renovierte und saubere Sanitäreinrichtungen, sondern auch ein modernes, auf pandemische Situationen angepasstes Be- und Entlüftungskonzept in allen Räumen ein. Mobile Luftfilter sollten jetzt seitens der Stadt mindestens für Einrichtungen mit Altersgruppen bis zum 12. Lebensjahr angeschafft werden, um erhebliche Unterrichts- und Betreuungsausfälle in pandemischen Lagen zukünftig zu vermeiden und die Gefahr von Ansteckungen weiter zu minimieren.

An interdisziplinären Lernorten sollen sich besonders jüngere Generationen auf die großen Fragen der Zukunft durch Experimentieren, Forschen und Gestalten vorbereiten. Deshalb setzt sich Volt für einen gezielten Einsatz der Geldmittel und eine stärkere Vernetzung und Weiterbildung der Bildungsakteur*innen für den Einsatz innovativer Lehrmethoden und die Umsetzung einer umfassenden Digitalisierungsstrategie ein.

3.1.3. **Europäischer Austausch für Demokratie und Klimaschutz**

Wir wollen Schüler*innen eine bessere Vorstellung von Europa und vom Europäischen Parlament vermitteln. Volt setzt sich daher für weitere Projekte ein, die Schüler*innen an (europäische) Politik und eine Identifikation mit Europa heranführen. Bestehende Angebote der Europäischen Union, wie das Programm Erasmus+ für Bildung, Jugend und Sport, sollen der Schülerschaft nähergebracht und ein europäische Austauschprogramme gefördert werden.

Einen weiteren Schwerpunkt der Bildungspolitik sehen wir in der Etablierung von gemeinsamen deutschland- und europaweiten Arbeitsplattformen. Damit können beispielsweise gemeinsame Projektarbeiten mit Partnerschulen im In- und Ausland realisiert werden. Die Schüler*innen knüpfen hier erste Kontakte, bauen ihre Sprachfähigkeiten aus und eignen sich interkulturelle Kompetenzen an. Auch hier ist es notwendig, Lehrkräfte mit dem Umgang einer solchen Plattform durch Fortbildungen vertraut zu machen, um das Konzept erfolgreich umzusetzen.

Die Vermittlung von Klimaschutz und -gerechtigkeit und der deutschland- und europaweite Austausch zu diesem Thema spielt eine essentielle Rolle im Umweltschutz. Wir wollen Bildungsk Kooperationen ausbauen und Klimaschutzprojekte an Schulen fördern und intensivieren. Die Erreichung der Klimaneutralität funktioniert nur, wenn sich möglichst viele Menschen dafür einsetzen möchten und es dadurch auch zur lokalen Umsetzung kommt.

3.2. Wohnen

Wo wir wohnen, entscheidet im Wesentlichen über unser Leben und die Möglichkeiten, die wir haben. Der Wohnungsmarkt in Lübeck ist überlastet, überlastet und ganz klar unzureichend gerade für Sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen wie Studierende, Sozialleistungsempfänger*innen etc. Das muss sich ändern. Folgende Ziele verfolgt Volt Lübeck:

Wir müssen den Bau sozialer Wohnungen beschleunigen.

Der Anteil an Sozialwohnungen pro Neubau muss gesteigert werden.

Es muss mehr und bessere finanzielle Unterstützung geleistet werden

Gerade strukturell diskriminierte Gruppen brauchen mehr Hilfe seitens der Stadt beim Finden und Bezahlen einer Mietwohnung.

Wir brauchen mehr und bessere Aufklärung zum Wohngeld.

Das Wohngeld ist eine staatliche Unterstützung, die oft den Betroffenen nicht bewusst ist und deswegen nicht in Anspruch genommen wird. Hier muss die Stadt durch bessere und verstärkte Aufklärung nachhelfen.

Wir brauchen mehr Student*innenwohnheime.

Will Lübeck seine Attraktivität für Student*innen halten oder ausbauen, muss das Problem des Wohnungsmarkts auch für die Zielgruppe entschieden angegangen werden und Wohnheime gerade für die finanziell schwachen Student*innen gebaut werden, die in städtischer Hand sind.

Wir wollen das Housing-First Prinzip konsequenter umsetzen.

Das vom Land angeregte und in anderen Städten bereits erfolgreich eingeführte Housing-First Prinzip (Recht von wohnungslosen Menschen auf Wohnraum) muss schneller, massiver und stärker einbezogen werden und in Lübeck konsequente und effektive Umsetzung finden.

Wir brauchen mehr soziale Durchmischung.

Bei der Stadtplanung muss besonders darauf geachtet werden, die Bildung von armen und reichen Vierteln zu unterbinden oder, wo dies schon entstanden ist, aufzulösen.

Mehr Wohnraum soll in städtischer Hand liegen.

Der Anteil des Wohnraums, der in städtischer Hand liegt, soll massiv ausgebaut werden, um hierdurch den Wohnungsmarkt besser zu steuern. Das soll sowohl durch den eigenen Neubau als auch durch den Kauf von Immobilien geschehen. Dabei sollen leerstehende Wohnungen bevorzugt erworben werden.

3.3. Integration

Deutschland ist ein Einwanderungsland und braucht diese Einwanderung. Auch Lübeck hat einen Bedarf an qualifizierten jungen Menschen. Um zum einen Chancen für Menschen zu schaffen, zum anderen aber auch diesen städtischen Bedarf zu decken, muss sich Lübeck stark dafür einsetzen, geflüchtete Menschen nicht an Armut oder Kriminalität zu verlieren, sondern ihnen die Chance geben, sich in unsere Gesellschaft einzubringen.

3.3.1. Ausbau von Integrationsstellen

Die personellen Ressourcen im Bereich Integrationsarbeit müssen massiv ausgebaut und mit mehr Befugnissen ausgestattet werden. Außerdem muss eine bessere Bewerbung und Vernetzung mit ehrenamtlichen Organisationen in diesem Bereich entstehen. Hierbei liegt uns der Ausbau personeller Ressourcen besonders am Herzen.

3.3.1.1. Dolmetscher*innen

Für eine bessere Verständigung in der Integrationsarbeit muss die Verfügbarkeit von Dolmetscher*innen in allen städtischen Einrichtungen deutlich ausgebaut werden.

3.3.1.2. Psycholog*innen

Geflüchtete Menschen sind in der Regel mit starken Traumata, schweren Schicksalsschlägen oder dergleichen belastet. Zwecks einer sinnvollen Aufarbeitung dessen

bedarf es massiver Betreuung durch psychologisch geschulte Fachkräfte.

3.3.1.3. Sozialarbeiter*innen

Sozialarbeiter*Innen spielen in der Integrationsarbeit z.B an Schulen eine wichtige und zentrale Rolle, egal ob bei der Betreuung und Beratung, der Entwicklung der Konzepte und Strukturen oder der Weiterbildung. Daher muss hier Personal massiv aufgestockt werden.

3.4. Gleichberechtigung

Gute Politik vertritt alle Menschen; in der Bürgerschaft sitzen aber leider vor allem alte weiße Männer. Das wäre an sich kein Problem, wenn ihr Anteil nicht weit mehr als 70% Prozent ausmachen würde. Volt setzt sich daher dafür ein, dass die Stadt zur Behebung dieses Ungleichgewichts aktiv Maßnahmen ergreift. Neben der politischen Beteiligung braucht es aber auch ein klares Ja zur Finanzierung und Unterhaltung von Frauen oder Flinta* (Frauen, Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender Personen), Häusern und Schutzräumen für Rechte queerer Personen. Volt steht klar hinter der queerenCommunity in Lübeck und unterstützt deren Entwicklung.

3.4.1. Jüdisches Leben

Jüdinnen*Juden leben seit über 1700 Jahren in deutschsprachigen Regionen. Antisemitismus ist dabei leider immer ein Teil gewesen und nie ganz aus unserer Gesellschaft verschwunden. Nach dem Zivilisationsbruch der Shoah haben wir wieder ein lebendiges Judentum in Deutschland, welches jedoch bedroht wird und deshalb geschützt werden muss. Die Präsenz von jüdischem Leben ist häufig nicht sichtbar, sollte es jedoch sein. Von Gemeinden und ihren Synagogen, über alte und neue Friedhöfen bis hin zu jüdischen Kindergärten und Schulen sind sie zentral in unserer Gesellschaft vertreten. Die Wahrnehmung dieser ist jedoch in den meisten Fällen nicht in der lokalen Mehrheitsgesellschaft gegeben. Gerade in Lübeck besteht nach der Wiedereröffnung der Carlebach-Synagoge auf der Altstadtinsel im Jahr 2021 das Potential, jüdischem Leben eine stärkere Präsenz in der Öffentlichkeit zu ermöglichen.

3.4.1.1. **Volt Lübeck fordert, dass die Stadt und ihre Institutionen konsequent gegen jeden Antisemitismus vorgehen.** Zur

Grundlage soll Lübeck die [Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance](#) übernehmen.

3.4.1.2. **Volt Lübeck möchte die Jüdische Gemeinde Lübeck e.V. als auch die Liberale Jüdische Gemeinde Lübeck dauerhaft und nachhaltig in allen Bereichen unterstützen.** Hierbei soll insbesondere die direkte Kommunikation mit der Stadt und ihren Behörden erleichtert werden, sodass bei Anliegen schnell und unbürokratisch geholfen werden kann.

3.4.1.3. **Volt Lübeck möchte die Sicherheit der jüdischen Gemeinden in allen Bereichen unterstützen und sicherstellen.** Hierbei soll es langfristige finanzielle Unterstützung für individuelle Sicherheitskonzepte geben, als auch regelmäßige Sicherheitschecks durch die lokale Polizei angeboten werden

3.4.1.4. **Volt Lübeck will die jüdischen Gemeinden aktiv in das gesellschaftliche Leben der Stadt einbinden.** Hierbei sollen z.B. Bildungseinrichtungen der Stadt eng mit den Gemeinden zusammenarbeiten, um das aktive jüdische Leben durch Aktionen mehr in das alltägliche Leben zu bringen

3.4.1.5. **Volt Lübeck wird bei Gedenkveranstaltungen an die Opfer der Shoah proaktiv auf die Gemeinden zugehen und diese in die Planung einbeziehen.** Dadurch wollen wir sicherstellen, dass den Betroffenen und ihren Nachkommen eine öffentliche Stimme gegeben werden kann

3.4.2. **Stärkung von Gleichberechtigungsstellen**

Gleichberechtigung ist Arbeit, die von Experte*innen gemacht werden muss. Wir brauchen eine höhere Stellen, die sich dieses Themas annehmen und an die man sich im Notfall wenden kann. Daher braucht es ein größeres und diverseres Team. Dies bezieht sich nicht nur auf Geschlecht und Herkunft, sondern auch auf die Fachrichtung und Expertise derer, die sich der Antidiskriminierungsarbeit in Lübeck annehmen.

3.4.3. **Frauen in die Politik**

Dass nur 22% der Mandate in der Bürger*innenschaft von Frauen* gehalten werden, heißt, dass die Bürger*innenschaft

in ihrer Zusammensetzung weniger diversiver ist als 1998. Das muss sich ändern, wenn Lübeck nicht ein massives Repräsentationsproblem bekommen will. Wer sich nicht repräsentiert fühlt, verliert möglicherweise den Glauben an die Demokratie. Wie sollen sich Frauen* repräsentiert fühlen, wenn sie in der Politik so unterrepräsentiert vertreten sind? Um das zu ändern, braucht es gleich eine ganze Reihe an Maßnahmen. Ziel ist dabei: 2028 sollen 44% Frauen* in der Bürger*innenschaft vertreten sein.

3.4.3.1. Kinderbetreuung in der Politik

Oft wird die Betreuung der Kinder den Müttern überlassen, was aber kein Ausschlusskriterium für politische Arbeit sein darf. Wir fordern deshalb, dass es angemessene Kinderbetreuungsangebote für politisch aktive Eltern in der Lübecker Bürger*innenschaft geben muss.

3.4.3.2. Durchführung von Trainee Programmen

Um Frauen* auch außerhalb von althergebrachten Parteistrukturen zu fördern, braucht es städtisch geförderte Traineeprogramme, in denen Frauen* alle Kompetenzen erlernen können, die sie zur erfolgreichen politischen Mitarbeit benötigen.

Diese Trainee Programme sollen vor allem Frauen* angeboten werden, die noch kein Parteimitglied sind. Eine Parteimitgliedschaft soll aber kein Hindernis sein.

3.4.3.3. Aufklärung über und Bekämpfung von Sexismus in der Kommunalpolitik

Ein weiterer Grund für mangelnde Diversität in der Kommunalpolitik ist struktureller Sexismus - auch in der Lübecker Bürger*innenschaft. Das Frauenbüro der Hansestadt Lübeck soll mit zusätzlichen Mitteln und Kompetenzen ausgestattet werden, um Mitglieder der Bürger*innenschaft vor diesem Hintergrund weiterzubilden.

3.4.4. POC's in die Politik

Neben der massiven Unterrepräsentation von Frauen* fehlen oft auch nicht-weiße Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte in der Politik. Auch hier haben wir ein Problem, da das Problem von Alltags- oder strukturellem Rassismus nicht ohne diese Menschen gelöst werden kann. Die Stadt muss sich daher ebenso auch für eine sofortige Verbesserung der Beteiligung nicht-weißer Personen annehmen, um Diskriminierung vorzubeugen.

3.4.4.1. Durchführung von Traineeprogrammen

Auch hier ist das gezielte Bewerben von Trainee-Programmen, die normalerweise politikfernen Menschen das für eine politische Partizipation notwendige Können und Wissen vermitteln, wichtig.

3.4.4.2. Rassismusbekämpfung und Aufklärung in der Kommunalpolitik

Ein weiterer Grund für mangelnde Repräsentation von POC's in der Kommunalpolitik ist anhaltender Alltagsrassismus. Um diesen aufzuarbeiten und ihn zu vermeiden, muss mit den Gleichberechtigungsstellen der Stadt ein Konzept zur kritischen Reflexion der Bürgerschaftsmitglieder erarbeitet werden.

3.5. Bürger*innenbeteiligung

Demokratie findet nicht alle fünf Jahre bei Wahlen statt. Wenn wir wirklich demokratisch sein wollen, muss die Möglichkeit der Mitbestimmung durch die Bürger deutlich verbessert werden. Es ist wichtig, Ihnen wieder die Möglichkeit zu geben, diese Stadt gestalten zu können. Nur so können die Menschen wieder an die Demokratie glauben.

3.5.1. Bürgerbudget

Eine gewisser Anteil (0,2%) des Haushalts der Stadt Lübeck soll von den Bürgern direkt verwaltet werden. Diese können Vorschläge für die Verwendung des Geldes einreichen und

über diese im Rahmen einer Volksabstimmung beschließen. Der Beschluss ist für die Bürgerschaft bindend.

3.5.2. Live Übertragung und Aufzeichnung öffentlicher Sitzungen

Für mehr Transparenz fordert Volt, dass die öffentlichen Teile aller Ausschusssitzungen und die Bürgerschaftssitzung live gestreamt und danach als Video bereitgestellt werden sollen.

3.5.3. Ausbau direkter Demokratie

Volt setzt sich dafür ein, öfter und regelmäßig Themen und Entscheidungen, die in der Bürgerschaft kritisch sind, in einer Abstimmung aller wahlberechtigter Bürger*innen in der Stadt Lübeck zu beschließen.

3.5.4. Mehr Demokratiearbeit

Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern bedarf der Bildung und des Verständnisses von Systemen. Fake News, Populismus und demokratiefeindliche Parteien haben in den letzten Jahren unter anderem deshalb starken Aufwind, da das Verständnis für die politischen Prozesse zunehmend fehlt und das Wissen über die Beteiligungsmöglichkeiten des einfachen Bürgers oft verloren geht. Hier müssen Stadt und Parteien nachliefern, um ein besseres Demokratie- und Politikverständnis durch Weiterbildung und Aufklärung zu schaffen.

3.6. Jugend

Die Jugend ist die Zukunft und gerade deswegen sollte ihr die besondere Aufmerksamkeit der Politik entgegengebracht werden.

Die Realität sieht aber oft anders aus. Politik wird von alten Menschen für alte Menschen gemacht, da diese auch die für die etablierten Parteien interessanten Wählergruppen sind. Volt setzt sich dafür ein, der Jugend wieder eine Stimme in der Politik zu geben und stärker auf ihre Bedürfnisse und Nöte einzugehen.

3.6.1. Jugendkulturzentren

Gerade für Jugendliche braucht es Begegnungsräume, die für alle Schichten und Hintergründe attraktiv sind, um interkulturelle und schichtübergreifende Begegnung vor allem außerhalb der Schule zu schaffen. Hierfür wollen wir einen Aus- und Aufbau von mehr Jugendkulturzentren und deren

Vernetzung untereinander schaffen.

Diese sollen Sportangebote, Medienangebote und Kreativangebote bieten und als kreative und vielseitige Orte für produktives Schaffen dienen

3.6.2. Jugendbeteiligung

Jugendbeteiligung muss auf allen Ebenen und in allen die Jugend betreffenden Bereichen geschehen.

Volt regt an, Schulen bei der Einführung von AULA, einem Konzept zur Förderung der aktiven Mitbestimmung, zu unterstützen, um mehr Demokratie und Beteiligung im Schulkontext zu erreichen.

Volt ist auch für die Schaffung eines Kinder- und Jugendbeirates, der sowohl Antrags- als auch Rede- und Stimmrecht haben sollte.

3.6.3. Demokratieförderung im Jugendbereich

Die Demokratieförderung beginnt mit der Schulbildung. Lübeck muss es als seinen eigenen Auftrag verstehen, von Anfang an Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie die Gesellschaft aktiv gestalten können. Dazu zählt die politische Bildung. Dazu zählen Vermittlung von Ehrenamt und mehr Austausch zwischen Politik und Schüler*innen.

Um auch von Anfang an der Jugend den europäischen Gedanken nahe zu bringen, sollte der europäische Austausch und die Partnerschaft zu anderen europäischen Schulen gesucht und unterstützt werden.

